

Sonderdruck aus:

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
15 / 2008

Konflikte auf Dauer?

Rechtsradikalismus, Integrations-,
Europa- und Nahostpolitik

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress

V&R unipress

Hans-Gert Pöttering, Brüssel / Straßburg

Europa sieht Deutschland: 50 Jahre europäische Einigung als Friedensprozess

Festvortrag zum Tag der Deutschen Einheit
im Rathaus der Stadt am 3. Oktober 2007

Vorbemerkung — Die Anforderungen an den Frieden ändern sich, aber der Friede bleibt immer das Ziel aller Politik, die der Menschenwürde verpflichtet ist. Meine Amtszeit als Präsident des Europäischen Parlaments habe ich unter die Aufgabe gestellt, da wo es mir mit meinen Möglichkeiten gegeben ist, die Würde jedes einzelnen Menschen zu betonen und diese zu stärken, wann immer es geht. Dies gelingt natürlich nur, wenn wir alle mithelfen bei der richtungweisenden geistigen Führung und dem erforderlichen praktischen Engagement. Die Osnabrücker Friedensgespräche sind Baustein für ein menschenwürdiges Europa. Für das Europäische Parlament möchte ich meinen großen Respekt und meine Anerkennung für diese Arbeit, die Sie hier mit den Friedensgesprächen leisten, zum Ausdruck bringen.

I. — Der Rückblick in die Geschichte politischer Ordnungsversuche in Europa ist eigentlich nicht besonders motivierend. Unser Kontinent hat noch nie eine Friedenszeit von der Länge gekannt, wie wir sie seit 1945 erleben. Heute dürfen wir unseren Jugendlichen mit gutem Gewissen sagen, dass sie ihr ganzes künftiges Leben in Europa wahrscheinlich im Frieden erleben werden. Die europäische Friedensordnung, die wir mit dem Westfälischen Frieden von 1648 verbinden, hat Gutes für diese Region bewirkt: Ich erinnere nur an die so genannte Alternation, den Wechsel der Landesherrschaft zwischen einem katholischen und einem evangelischen Bischof. Das hat nicht nur viel zur Ökumene bei uns beigetragen, sondern diese Alternation hat auch eine wirklich europäische Bedeutung: Die Alternation der Osnabrücker Bischöfe hat zur gesamtdeutschen Kulturentwicklung beigetragen.

Aber die politischen Strukturen, die 1648 entstanden, waren nicht von Dauer. Frankreich und Schweden wurden die Garantiemächte des Frie-

densvertrages. Frankreich vergrößerte sein Territorium zu Lasten Habsburgs, Schweden zu Lasten der norddeutschen Fürsten. Deutschland wurde der Kontrolle der europäischen Führungsmächte unterworfen. Das konnte nicht gut gehen. Heute sind Frankreich und Deutschland gleichberechtigte Partner in der Europäischen Union, und auch Schweden gehört seit 1995 der Europäischen Union an. Heute droht niemand mehr Kindern – wie es im 17., 18. und manchmal noch im 19. Jahrhundert üblich war – mit dem Satz: »Die Schweden kommen!« Wir sind »zu unserem Glück vereint«, wie es in der *Berliner Erklärung* vom 25. März 2007 so schön formuliert ist.

Anders als 1648 – und anders als 1919, um ein Beispiel zu nennen, das uns näher liegt – ist die Friedensordnung der Europäischen Union auf dem Grundsatz der Gleichheit und Partnerschaft gegründet. Sie ist auf Recht und Demokratie gegründet und sie strebt zu gemeinsamen Zielen und Projekten. Dies alles war in früheren Jahrhunderten nicht so. Der Erfolg des einen Landes war der Verlust des anderen. Mit den verwirrenden Mechanismen der Machtbalance versuchten die Staaten sich gegenseitig in Schach zu halten. Misstrauen wurde institutionalisiert. Es war immer wieder nur eine Frage der Zeit, bis der eine oder andere Staat aus diesem europäischen Zwangskorsett ausbrechen wollte. Dabei half es wenig, dass die wichtigsten Staaten Monarchien waren, die miteinander zumeist verwandt war.

Die Situation in Europa nach den großen Siegen Napoleons schildert der große deutsche Historiker *Golo Mann* so:

»Zwischen allen diesen Mächten [England, Frankreich, Österreich, Russland, Preußen; *HGP*] war Feindschaft, offener oder latenter Krieg; ein negatives Verhältnis, welches das politische Spiel beherrschte. [...] Die Feindschaft zwischen Frankreich und England war eine alles überschattende. Eben darum gab es immer wieder vage Kontaktnahmen zwischen ihnen, verursacht durch die Vorstellung, daß, wenn sie sich einigten, der Friede ewig und die Welt ihr Besitz sein würden. Es war Feindschaft zwischen Frankreich und Österreich, alte klassische Renaissancefeindschaft. Aber zweimal schon hatten sie im vergangenen Jahrhundert versucht, ihr ein Ende zu machen und gemeinsam dem Kontinent das Gesetz vorzuschreiben: im Siebenjährigen Krieg [1756-1763] und [nochmals] 1797. Es war Feindschaft zwischen Preußen und Österreich, deutsche und europäische Feindschaft; der Gedanke hörte aber nicht auf, in den Köpfen deutscher Patrioten zu wühlen, daß eine Vereinigung dieser beiden Mächte – eine Vereinigung aller Deutschen – stärker sein würde als das gesamte

übrige Europa. Auch zwischen Frankreich und Preußen war [...] Feindschaft; die Allianz dieser beiden Fortschrittsstaaten aber eine Lieblingsidee der Französischen Revolution. Endlich war Feindschaft zwischen Frankreich und Rußland. Und die Idee war, daß eine Vereinigung dieser beiden Mächte nicht Europa allein, sondern Afrika und Asien beherrschen und das britische Imperium brechen könnte.«¹

Das war über Jahrhunderte die Realität, und wie man sich auch arrangierte und die Machtbalance herstellte, am Ende kollabierte sie. Der Krieg war die Folge, und die Leidenden waren die Menschen. Später gelang es keinem der totalitären Regime, mit seiner Ideologie die Unterwerfung ganz Europas zu erzwingen. Weder der barbarische Nationalsozialismus noch der menschenverachtende Kommunismus haben Europas Vielfalt brechen und die Freiheit der Europäer dauerhaft zerstören können.

Europa lebt in Vielfalt weiter und sucht doch nach dem Nutzen durch Einheit. Nach dem Zweiten Weltkrieg mit seinen 55 Millionen Toten, 35 Millionen Verwundeten, 3 Millionen Vermissten, weit über fünfzig Millionen zwangsweise entwurzelten und vertriebenen Menschen musste endlich ein neuer Anfang gefunden werden. Niemand hat es besser formuliert als *Jean Monnet*, der im Rückblick auf 1945 meinte, nun sei »eine Vereinigung der Interessen der europäischen Völker und nicht einfach die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts dieser Interessen« endgültig notwendig geworden. Ich bin fest davon überzeugt: Diese Methode, die mit seinem Namen verbunden ist, bleibt weiterhin die erfolgsträchtigste Methode für die europäische Integration.

Man stelle sich vor, die Bundesrepublik Deutschland mit ihren sechzehn Bundesländern hätte nicht über diesen Bundesländern das einigende Dach des Bundes, mit Bundesregierung, dem Bundestag, dem Bundesrat, dem Bundesverfassungsgericht: Wenn es dieses Dach über der Bundesrepublik Deutschland nicht gäbe, gäbe es keine einigende Struktur. Unser Land wäre geprägt von Auseinandersetzungen: Norden gegen Süden, die Schwachen gegen die Starken, und dazu kämen noch die regionalen parteipolitischen Auseinandersetzungen.

Deswegen brauchen wir auch ein Dach wie die Europäische Union. Und wir brauchen ein starkes Europäisches Parlament. Das Europäische Parlament ist schon heute, ohne es besonders loben zu wollen, in vielen Fragen die führende Kraft der europäischen Einigung. Wir brauchen einen Ministerrat und einen europäischen Gerichtshof in Luxemburg. Jean Monnet hat es so formuliert: »Nichts ist möglich ohne die Menschen. Nichts dauerhaft ohne Institutionen.« Die Grundlage ist das Recht. Das Recht sichert den Frieden. Und die Demokratie in unseren Mitgliedstaaten

ist – keine Garantie, aber – ein weiteres Mittel für den Frieden in Europa, zumindest auf den Teilen unseres Kontinents, die die Europäische Union bilden. Wir wissen, dass auf dem Balkan, einem Gebiet, das nicht zur Europäischen Union gehört, der Frieden in den achtziger und neunziger Jahren nicht gesichert war.

Von Jean Monnet können wir immer wieder den langen Atem lernen, den es braucht, um die europäische Einigung voranzubringen. Man braucht Ausdauer. Man muss ein Marathonläufer in Europa sein. Im Bonner Haus der Geschichte wird eine handschriftliche Notiz von Jean Monnet vom 1. Februar 1953 aufbewahrt. Er schrieb: »Wir sind erst am Anfang der Anstrengungen, die Europa erfolgreich erbringen muss, um schließlich Einheit, Wohlstand und Frieden zu erleben.«

Auch das können wir von Jean Monnet lernen: Durchhaltevermögen. Vier Jahre, meine Damen und Herren, nachdem er seine Notiz verfasst hatte, wurden die *Römischen Verträge* unterschrieben, am 25. März 1957. Niemand hätte diese Wendung der europäischen Geschichte 1953 für möglich gehalten. 1954 scheiterte die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Auch heute sollte sich niemand von aktuellen Krisen aus der Fassung bringen lassen: Es sind Krisen in der europäischen Integration, aber es sind keine Krisen der europäischen Integration. Ich sage dies auch im Hinblick auf ein Nachbarland, nämlich Polen, mit dem wir ja als Deutsche gewisse Kontroversen haben. Es ist immer falsch zu sagen: die Polen, die Deutschen, die Franzosen, die Briten. Es gibt stets auch unterschiedliche Orientierungen.

Nach den Schrecken des Zweiten Weltkrieges waren Jean Monnet und Frankreichs Außenminister *Robert Schuman* zutiefst davon überzeugt, dass das Problem der Revanche gelöst werden musste, wenn Europa sich dauerhaft erholen sollte. Es musste zugleich die Fixierung auf das bisherige Souveränitätsdenken überwunden werden. Die Idee, dass Sieger und Besiegte gemeinsam die Kontrolle über Kohle und Stahl ausüben sollten, war revolutionär. Kohle und Stahl waren in Frankreich, und nicht nur dort, die Symbole des deutschen Militarismus. Die besetzten deutschen Bodenschätze unter eine gemeinsame Verwaltung zu stellen, das war eine ungeheure Idee, die mit dem Schuman-Plan vom 9. Mai 1950 der erstaunten Welt präsentiert wurde. Es war eine der größten und klügsten Leistungen der französischen Diplomatie: Dem besiegten Deutschland wurde die Hand gereicht. Aus der negativen Kontrolle über Deutschland konnte eine positive Kontrolle *mit* Deutschland werden. Aus der Sicherheit gegeneinander wurde die Sicherheit *miteinander*.

Für die demokratische westdeutsche Nachkriegsregierung unter Bundeskanzler *Adenauer* war das französische Angebot nicht nur ein Strohalm, um die Deutschen nach der Schande, die Hitlers nationalsozialisti-

ches Verbrecherregime über unser Volk gebracht hatte, wieder in den Kreis der zivilisierten Völker zu führen. Es war auch die einzige Chance, seinen eigenen Traum eines freien und geeinten Europa Wirklichkeit werden zu lassen.

Mit der Europäischen Gemeinschaft von Kohle und Stahl wurde 1951 ein Anfang gemacht. Es war ein Neuanfang für Europa, der alles andere



Hans Gert Pöttering

als in der logischen Konsequenz der bisherigen jüngeren europäischen Geschichte gelegen hatte. Im Gegenteil: Die Einigung Europas, wie sie mit der Montanunion begann und seit den Römischen Verträgen von 1957 durch fünf gute Jahrzehnte hindurch vorangekommen ist, war im Grunde gegen die europäische Geschichte gesetzt. Die europäische Einigung ist ein utopisches Projekt. Die Idee der Einigung Europas wurde zur

erfolgreichsten konkreten Utopie in der Geschichte Europas. Es wird immer wieder gesagt, dass der Friede auf Erden eine Utopie sei. Der Frieden bleibt gewiss eine unerfüllte Idee, wenn die Friedensidee nicht auf die Bedingungen ihrer Verwirklichung bezogen wird. Denn entscheidend ist der Weg, entscheidend ist, wie man den Prozess des Friedens gestaltet.

Europa ist nicht etwas, das wie eine reife Frucht vom Himmel fällt. Europa ist tägliches Bemühen. Europa wird nicht nur durch die Entscheidung der Staats- und Regierungschefs gestaltet, und auch nicht nur durch die Entscheidung der Europäischen Kommission oder des Europäischen Parlamentes. Europa, das ist ein Weg der tausend und abertausend kleinen Schritte. Wenn man diesen Weg geht, wird dabei Vertrauen geschaffen. Und in dem Zusammenhang möchte ich eine meiner schönsten Erfahrungen mit dem Europäischen Parlament ansprechen: Es gab im Europäischen

Parlament im Wesentlichen keinen Widerspruch gegen die Einigung Deutschlands. Widerspruch gab es in einigen Hauptstädten in Europa. Die Persönlichkeiten sind heute nicht mehr da, die sich damals dagegengestellt haben. Im Europäischen Parlament gab es diesen Widerspruch, von Einzelstimmen abgesehen, nicht, weil sich im Europäischen Parlament durch die Zusammenarbeit Vertrauen entwickelt hatte. Vertrauen ist das Wichtigste in der Politik auf jeder Ebene, im Rat einer Stadt wie auch auf europäischer Ebene.

Nach allem, was Europa in den vergangenen fünfzig Jahren erlebt hat, wissen wir mit Bestimmtheit: Freiheit, Einigung und Anerkennung der Vielfalt gehören zu den Bedingungen für den Frieden in Europa. Freiheit und Einigung sind die friedensstiftenden Bedingungen für das Wohlergehen in der kulturellen Vielfalt, so wie wir uns an ihr in Europa erfreuen. Manchmal mögen wir uns an dieser kulturellen Vielfalt auch reiben. Aber im Kern bereichert sie uns doch alle, die wir in Europa leben. Die kulturelle Vielfalt ist unser Markenzeichen als Europäer. Aber Freiheit und Einigung sind die Bedingungen, damit dieses besondere Kennzeichen Europas uns allen zum Wohl gereicht, »zu unserem Glück«, wie es in der Berliner Erklärung heißt, »vereint«. Frieden hat eine zutiefst kulturelle Dimension. Kulturelle Dimension bedeutet, dass die Menschen zum Dialog fähig sind. Dialog muss immer gewaltfrei sein; Dialog bedeutet zunächst: Zuhören, Lernen, Verstehen. Wenn man weiß, wie die anderen denken, dann kann man auf der Grundlage des Verstehens und der gegenseitigen Interessenabwägung gemeinsam handeln. Und das gemeinsame Handeln geht nur durch den Kompromiss. Wer mit dem Kopf durch die Wand will, nur seine eigene Meinung durchsetzen will, der wird nicht nur persönlich scheitern, sondern dann wird Europa scheitern.

II. — Die Europäische Union ist ein komplexes und kompliziertes Regierungssystem. Die Austragung von Konflikten in diesem System ist oft langwierig. Aber wie langwierig ist es in der Bundesrepublik Deutschland, ehe Bundestag und Bundesrat und all die, die mitwirken in einer bundesstaatlichen Ordnung, zu Ergebnissen kommen, und um wie viel schwieriger ist es dann in einer Europäischen Union mit 27 Staaten und nahezu 500 Millionen Menschen? Vieles ist undurchschaubar und zum Teil unzulänglich, wir wissen das. Wir sollten über diese Schwierigkeiten eigentlich kaum überrascht sein. Sie spiegeln wider, wie kompliziert und komplex Europa ist. Seine Nationen haben sich aufgemacht, ihr Interesse und ihr Schicksal zusammenwachsen zu lassen. Europa bedeutet ja nicht nur die 27 Staaten, sondern Hunderte von Regionen und Tausende von Städten und Gemeinden, deren Beitrag gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Die Nationen haben sich aufgemacht – das ist ein großer geschichtli-

cher Vorgang, der naturgemäß nicht in kurzer Zeit zum Ziel führen kann. Er kann auch nicht ohne innere Widersprüche stattfinden.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist dieser Prozess der richtige und beste Weg, den unser Land gehen konnte. Deutschland hat, wie unsere Partner auch, vom Prozess der europäischen Einigung nachhaltig profitiert, ideell und materiell: Die Absatzmärkte für deutsche Produkte sind gewachsen und damit wurden viele stabile Arbeitsplätze geschaffen; der politische Einfluss Deutschlands wurde zum Nutzen gemeinschaftlicher Ziele gemehrt; die kulturelle Bereicherung Deutschlands durch die europäischen Partner entspricht der Förderung des kulturellen Ansehens von Deutschland in den anderen europäischen Staaten. Europas Einigung bleibt Deutschlands oberstes Interesse.

Auch an einem Tag wie heute, an dem wir uns über die Einheit unseres Vaterlandes in Freiheit freuen, dürfen wir niemals vergessen, dass wir diese Einheit unseres Landes nicht ohne den Freiheitswillen der anderen erlangt hätten. Ohne *Solidarność*, diese mutige, menschenrechtsorientierte Arbeiterbewegung in Polen, und ohne die geistig-moralische Unterstützung des großen Polen *Johannes Paul II.*, der seinen Landsleuten zugerufen hat: »Habt keine Angst!«, ohne den Freiheitswillen der Esten, der Letten, der Litauer, der Tschechen, der Slowaken, der Ungarn und der Völker des ehemaligen Jugoslawiens und vieler anderer wäre dieser große Wandel in Europa, der auch die Einheit Deutschlands ermöglicht hat, nicht möglich gewesen. *Michael Gorbatschow* hat diesen Prozess nicht gefördert, aber er hat die Panzer nicht dagegen rollen lassen. Das bleibt sein historisches Verdienst. Und eine kluge Führung mit *Helmut Kohl* und mit Unterstützung der Opposition hat dazu beigetragen, dass wir die Einheit unseres Vaterlandes am 3. Oktober 1990 erleben konnten.

Als am 1. Mai 2004 drei Nationen, die von der Sowjetunion okkupiert waren, nämlich Estland, Lettland und Litauen, als die Warschauer Pakt-Staaten Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei, Ungarn, Slowenien und nun auch in diesem Jahr Bulgarien und Rumänien der Europäischen Union beitraten, wurden sie nicht Mitglied einer Organisation, sondern einer Wertegemeinschaft. Diese Wertegemeinschaft gründet auf der Würde des Menschen, auf der Eigenverantwortlichkeit der Person; sie gründet auf der Demokratie, auf der Rechtsordnung und der sozialen Marktwirtschaft, und diese handelt durch Solidarität und Subsidiarität. Dass dieses möglich war – dieser Wandel in Europa, die Überwindung des menschenverachtenden kommunistischen Systems in den achtziger und neunziger Jahren – und wir heute in der Europäischen Union in Freiheit leben, ist ein Umstand, über den wir uns jeden Tag erneut freuen sollten.

Was die wirtschaftliche Dimension der Europäischen Union betrifft, bin ich auf etwas gestoßen, das der aus dem Amt scheidende britische Bot-

schafter uns Deutschen zum Abschied gesagt hat. Sir *Peter Torry* sagte an unsere Adresse:

»Die Erweiterung der EU und die Globalisierung gelten in Großbritannien als etwas Positives. In Deutschland werden sie eher als Bedrohung gesehen, obwohl kein Land mehr davon profitiert als Deutschland. Ihre qualifizierten Arbeitskräfte, Ihre Technologie und Industrie haben Sie zum Exportweltmeister gemacht.«

Man mag dem nicht zustimmen, aber so sieht uns ein Europäer, und ich glaube, dass die Richtung stimmt.

Es gibt immer wieder große Diskussionen in der Europäischen Union über deren Ziele. Der französische Staatspräsident *Nicolas Sarkozy* hat die Einrichtung eines *Rates der Weisen* vorgeschlagen, der sich mit der Frage der Zukunft Europas befassen soll. Nicolas Sarkozy war einst ein Kollege von mir im Europäischen Parlament. Wir haben seither Kontakt gehalten und haben zu Beginn seiner Amtszeit im Élysée-Palast ein sehr offenes Gespräch geführt. Ich stimme seinem Vorschlag durchaus zu, aber ich denke, wir können nicht wissenschaftlichen Instituten – die ich sehr schätze – die Entscheidungen über die Zukunft der Europäischen Union überlassen. Dort werden Anregungen erarbeitet, aber die Entscheidungen müssen am Ende durch die politisch Verantwortlichen getroffen werden.

Europa ist in ständiger Veränderung; vor zwei Jahren führten wir die Debatte darüber, ob wir eine gemeinsame europäische Energiepolitik brauchen. Damals wurde dies in Deutschland radikal abgelehnt. Und heute steht Deutschland in dieser Frage und der Frage des Klimaschutzes mit an der Spitze der Entwicklung. In Brüssel fand unlängst eine große Tagung mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments und mit Parlamentariern aus allen 27 nationalen Parlamenten der Europäischen Union über die wichtige Frage des Klimaschutzes und die zu bewältigenden Aufgaben statt. Alle waren sich einig: Kein Land kann die Fragen des Klimawandels allein lösen. Aber wenn wir uns jetzt auf europäischer Ebene – in einer guten Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament und unter bestmöglicher Einbeziehung der Landesparlamente sowie der kommunalen Parlamente – an die Gesetzgebung machen, wird es sehr schnell zu einer Auseinandersetzung kommen. Auf der einen Seite zwingen uns die Ursachen des Klimawandels zur Reduzierung des Schadstoffausstoßes, im Wesentlichen von CO₂. Aber wenn wir diesem hehren Ziel dienen wollen, dann hat das auf der anderen Seite auch eine ganz konkrete Gesetzgebung zur Folge, und das wird dann vielen wehtun. Dann wird es wieder heißen: »Ja, in Brüssel wird zu viel reguliert«. Aber da müssen wir entscheiden, was wir wollen. Ob wir in der

Frage des Klimaschutzes einen gemeinsamen Beitrag leisten wollen, und was wir gemeinsam dafür tun.

Ich meine, beim Klimaschutz in der Welt liegt eine wunderbare Führungsaufgabe für uns Europäer. Deswegen hat es am 8. und 9. März beim EU-Frühjahrgipfel zwischen den Staats- und Regierungschefs diesbezüglich eine Vereinbarung gegeben. Und anders als sehr mächtige Männer auf dieser Erde bin ich der Ansicht: Wir brauchen verbindliche Regelungen. Regelungen im Rahmen der Vereinten Nationen und Regelungen, die uns wirklich weiterführen. Dieses ist, wie ich finde, eine große Friedensaufgabe, die wir als Europäer wahrnehmen können. So wachsen dem sich verändernden Europa gelegentlich neue Aufgaben zu, was gleichzeitig auch zur Überlegung führt, ob es nicht Aufgaben gibt, die man auf die nationale oder gar die regionale und kommunale Ebene zurückverlagern kann.

Die Bezeichnung ›Europäische Union‹ ist die gute begriffliche Fassung eines vorbildlosen politischen Prozesses. Weder der Begriff der Föderation noch der Begriff der Konföderation passen zur Beschreibung der Europäischen Union. In der Politikwissenschaft wird heute oft der Begriff des europäischen Mehrebenensystems verwendet, um die Strukturen der EU zu erfassen. Es ist ein Prozess ganz eigener Art, der sowohl horizontal als auch vertikal zwischen den unterschiedlichen Ebenen und unterschiedlichen Institutionen entstanden ist. Immer wieder muss die Balance neu austariert werden – zwischen den Kommunen, den Regionen, den nationalen Mitgliedstaaten und der Ebene der EU, aber auch zwischen den Organen der EU, die unterschiedliche Verantwortungen repräsentieren.

Das Europäische Parlament steht im Zentrum des Gefüges, als das Organ, das die EU-Kommission kontrolliert und kontrollieren muss. Das Europäische Parlament hat sich immer für ein möglichst hohes Maß an Durchschaubarkeit und Demokratie eingesetzt. Wir vertreten fast 500 Millionen Unionsbürgerinnen und -bürger und sind ihnen gegenüber rechenschaftspflichtig. Alle unsere Sitzungen sind öffentlich und ihre Ergebnisse öffentlich zugänglich. Ich wünschte mir, dass die Medien mehr Gebrauch davon machen würden und ausführlicher aus dem Europäischen Parlament berichteten. Wenn die nationalen Parlamente eine stärkere Mitwirkung in der europäischen Politik einfordern, so tun sie dies zu Recht. Zum einen, weil die Europapolitik längst überall ein Teil der Innenpolitik geworden ist – so sehen es auch alle Umfragen in den Staaten der EU. Zum anderen aber fordern die nationalen Parlamente mehr Rechte, weil sie sich oftmals von ihrer jeweils eigenen nationalen Regierungsbürokratie unzulänglich über europapolitische Vorgänge informiert fühlen. Da Europarecht vielfach in nationales Recht übertragen werden muss, sind die demokratische Kontrolle und das Prinzip der Öffentlichkeit auf allen Ebenen und bei der Zusammenarbeit zwischen allen Organen zwingend.

Nur so werden die Legitimität der Europäischen Union und damit ihr friedenssichernder Charakter gestärkt.

Wir haben in den Diskussionen über den Europäischen Verfassungsvertrag miteinander gelernt, dass es nicht ausreicht, der EU Aufgaben zu übertragen oder ihre Ziele ein für allemal festzulegen. Wir müssen die EU auch in die Lage versetzen, ihre Aufgaben effizient und transparent zu erledigen. Wir wollen ein Europa, das funktioniert und Leistungen für seine Bürger erbringt. Deshalb wird das Europäische Parlament stets der Motor der europäischen Einigung bleiben. Wir wollen uns darin von niemandem übertreffen lassen, aber wir werden auch nicht ruhen, auf das Gemeinsame in Europa hinzuarbeiten. Denn wir wissen aus aller geschichtlichen Erfahrung: Nur ein starkes und handlungsfähiges Europa wird von den Menschen in der Europäischen Union anerkannt. Nur ein starkes und handlungsfähiges Europa kann Partner der Welt sein und seine globalen Aufgaben erfüllen.

Deshalb unterstützt das Europäische Parlament mit allem Nachdruck den raschen Abschluss des Europäischen Reformvertrages. Und ich sage es hier, die Realisierung, die Unterzeichnung und dann die Ratifizierung dieses Reformvertrages ist die Priorität der Prioritäten. Mit dem portugiesischen Ministerpräsidenten und gegenwärtigen Präsidenten des Europäischen Rates *José Sócrates* bin ich einig, dass wir beim kommenden EU-Gipfel in Lissabon eine politische Vereinbarung erreichen müssen, so dass dann der Reformvertrag unterzeichnet werden kann. Und wir streben mit Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* an, dass die EU-Charta der Grund- und Menschenrechte, die Teil der Europäischen Verträge werden soll, feierlich im Europäischen Parlament unterzeichnet wird.

Wir werden uns auch weiterhin über die vertraglichen Grundlagen der EU hinaus für die Einigung Europas einsetzen. Wir müssen Europa und seine Bürger weiter zusammenführen. Zwischen den Institutionen der EU, den Institutionen der Mitgliedstaaten und den Unionsbürgern muss wieder mehr Vertrauen wachsen. Wir müssen wieder mehr gemeinsam tun, anstatt vorrangig darüber besorgt zu sein, Europas Einigung könnte zu weit gehen. Niemand will die Nationen Europas abschaffen. Die Vielfalt Europas, kulturell und politisch, ist unsere Stärke. Aber wir wollen auch das Gefühl der Zugehörigkeit zur Europäischen Union stärken.

Es hat mich tief bewegt, als ich vor einigen Monaten in der Knesset, dem israelischen Parlament, mit der europäischen Hymne begrüßt wurde. Die Regierungschefs haben auf dem EU-Gipfel zur Verfassungsfrage die Symbole, die Hymne und die Sterne, die Europafahne, aus dem Vertrag genommen. Wenn es hilft, dass dieser Vertrag in den Niederlanden angenommen wird, dann wird man dies bedauernd akzeptieren müssen. Aber im Europäischen Parlament wird umso mehr die Europäische Hymne,

Beethovens *Ode an die Freude*, gespielt, und man lässt die Fahnen wehen, weil das zum Ausdruck bringt: Wir Europäerinnen und Europäer gehören zusammen.

Symbole sind wichtig, konkrete Taten sind es ebenso. Vor allem gilt dies für konkrete Fortschritte im sozialen und wirtschaftlichen Leben. Wir wollen das Leben der Menschen in Europa verbessern und die Grundlagen hierfür sichern. Wir wollen, dass die Europäer sich in Europa wohl fühlen und hier gerne leben. Gerade im Zeitalter der Globalisierung ist die Verbundenheit mit der eigenen Heimat ein großes und richtiges Anliegen. Unsere politische Identität besteht heute aus mehreren Ebenen: der lokalen und der regionalen, der nationalen, aber auch der europäischen Identität.

Wenn wir heute durch Europa reisen, junge Menschen oder wir als Erwachsene auch der anderen Generation, ist es selbstverständlich, dass wir eine gemeinsame europäische *Währung* in vielen Ländern gebrauchen. Der Umgang miteinander ist um vieles einfacher geworden. Deshalb ist über die wirtschaftspolitische und finanzpolitische Bedeutung des Euro hinaus der Euro ein Friedenswerk. Viele haben gesagt, der Euro werde keine starke Währung. Heute sagen manche, der Euro sei zu stark, er solle gar nicht so stark sein. Ich sage, ohne den Euro wäre Europa nicht derart wettbewerbsfähig in der Welt. Die jungen Menschen spüren hoffentlich, wenn sie durch Europa reisen, was der Euro für sie bedeutet.

Denken Sie zurück an die *Grenzkontrollen*. Ich erinnere mich gut an die Grenze zu den Niederlanden in den 70er- und zu Anfang der 80er-Jahre. Wir haben damals gesagt: Wir müssen die Sicherheit verbessern, die Zusammenarbeit der Polizei muss besser werden, aber Grenzkontrollen sollte man abschaffen. Es war ein mühsamer Prozess, aber dann ist es schrittweise gelungen. So haben dann am Ende die Regierungen mit Unterstützung des Parlaments die Grenzkontrollen abgebaut und wir haben heute die Reisefreiheit in Europa.

Ganz bewusst haben wir als Europäisches Parlament uns auch vor dem diesjährigen Beginn der Sommerferien dafür eingesetzt, dass die Roaming-Gebühren beim *Telefonieren* aus dem europäischen Ausland entscheidend reduziert werden konnten. Ich weiß, dass dies nicht eine neue Welt schafft. Viele Menschen haben ganz andere Sorgen, als hin und her zu reisen und zu telefonieren. Aber es ist doch ein Beispiel dafür, dass und wie Europa funktioniert und funktionieren muss. Wir leben in einem gemeinsamen Markt, da darf es für den Verbraucher nicht zweierlei Maß geben. Die Reduzierung der Roaming-Gebühren ist ein kleines Beispiel der großen Friedensidee, die den Einigungsprozess auch weiterhin antreibt.

Eine große Schwierigkeit in Europa sind die unterschiedlichen Mentalitäten. Nehmen Sie die Debatte zum *Verfassungsvertrag* als Beispiel. Frankreich wollte nicht den Gottesbezug, weil dieser nicht dem laizistischen

französischen Staatsverständnis entspricht. Wenn Sie dann aber in Polen eine genau entgegengesetzte Meinung hören, dann zeigt das, wie unterschiedlich im Ideellen und Spirituellen und Religiösen die Mentalitäten sind. Bekanntlich hat das französische Volk den Verfassungsvertrag abgelehnt, und bei der Debatte war unter anderem die Befürchtung groß, dass polnische Klempner den französischen Klempnern die Arbeitslöhne wegnehmen. Was die EU betrifft, gibt es wichtige psychologische Fragen. Obwohl die Wirklichkeit so ist, dass man, wie Statistiken sagen, wenigstens 4.000 Klempner in Frankreich bräuchte, empfinden die Franzosen den polnischen Klempner als eine Bedrohung. Das hat Auswirkungen auf Entscheidungen wie bei dem Referendum. Deshalb empfehle ich: Seien wir geduldig mit den Völkern Europas.

Zu Europas Rolle in der Welt noch einige Gedanken: Wir haben jetzt an 17 Orten in der Welt *europäische Friedensmissionen*. Ob es sich um Bosnien-Herzegowina handelt oder um den Kosovo, um Polizeimissionen, bevor die Hamas den Gaza-Streifen übernommen hat, oder um den Polizeiaufbau in Afghanistan, dies alles sind sehr wichtige Friedensmissionen. Und so äußerte selbst der Präsident des irakischen Repräsentantenrats aus Bagdad *Mahmoud Al-Mashhadani* bei einem Besuch in Brüssel: »Man erwartet von euch Europäern, dass ihr uns helft, nicht nur materiell, sondern politisch, dass der Irak in hoffentlich nicht allzu ferner Zeit die Kontrolle über das eigene Land übernehmen kann.«

Für uns im Europäischen Parlament ist es wichtig, dass wir eine *vorsorgende Sicherheitspolitik* betreiben. So habe ich z.B. mit der Präsidentin des Panafrikanischen Parlamentes, Frau *Gertrude Mongelan* aus Tansania, vereinbart, dass wir bei dem Europa-Afrika-Gipfel Ende 2007 in Lissabon die portugiesische Präsidentschaft darum bitten wollen, dass beide Präsidenten der Parlamente – sie als Präsidentin des Panafrikanischen Parlamentes und ich für das Europäische Parlament – auf dem Gipfel sprechen können. Bei meinem Gespräch mit Frau Mongelan habe ich erfahren, dass weder die nationalen Parlamente in Afrika noch das Panafrikanische Parlament über vernünftige Bürostrukturen verfügen, geschweige denn über Mitarbeiter. Wie aber will man Regierungen kontrollieren, wenn man nicht einmal die Parlamente so ausstattet, dass eine Kontrolle möglich ist? Deswegen ist es unser Angebot an die afrikanischen Kolleginnen und Kollegen, beim Aufbau von demokratischen Institutionen zu helfen. Es gilt zu verhindern, dass Diktatoren gegeneinander kämpfen und die Menschen den Preis bezahlen müssen. Das ist vorsorgende Politik, und dieser Aspekt der Politik sollte viel mehr im Vordergrund stehen.

Wenn wir es mit den Menschenrechten und der Menschenwürde ernst meinen, dann müssen wir sie auch in der Welt verteidigen. Nun sind wir nicht die Lehrmeister der Welt. Aber wir müssen z.B. darauf bestehen, dass

die Mörder der großartigen Journalistin *Anna Politkowskaja* in Russland ihrer verdienten Strafe zugeführt werden. Wir haben gerade in dieser Woche darüber diskutiert, dass wir der Militärjunta in Burma entgegentreten müssen. Die große Friedensnobelpreisträgerin *Aung San Suu Kyi*, die den Sacharow-Preis des Europäischen Parlaments bekommen hat, hat unsere Unterstützung verdient. Auch *Alexander Milinkewitsch*, der Oppositionsführer in Weißrussland, verdient unsere Unterstützung, und zwar so lange, bis auch in Weißrussland, der letzten Diktatur in Europa, Freiheit und Demokratie ihre Chance haben. Ich sage, auch als Freund der Vereinigten Staaten, im Hinblick auf die Inhaftierung der Menschen in Guantánamo: Ich bin dafür, dass wir den Terrorismus mit aller Schärfe des Gesetzes bekämpfen und die Terroristen einer gerechten Strafe zuführen, aber jeder Mensch, dem man unterstellt, er habe falsch gehandelt, hat nach unserer europäischen Rechtsordnung den Anspruch auf ein geordnetes Gerichtsverfahren, und das gilt auch für Guantánamo.

Wir sind mit unserer europäischen Einigung noch nicht am Ziel. Für den weiteren Weg und unsere Zukunft ist der Dialog der Kulturen von größter Bedeutung: Es muss uns gelingen, den *clash of civilizations*, den Zusammenprall der Kulturen, zu verhindern. Viele sagen, ein *clash of civilizations* sei unvermeidlich. Aber galt es nicht als auch »unvermeidlich« in der gesamten europäischen Geschichte, dass Deutsche und Franzosen gegeneinander standen – bis dann Persönlichkeiten kamen, die das Ruder in eine andere Richtung lenkten? So muss es auch sein mit dem Dialog der Kulturen. Wir müssen der arabischen und islamischen Welt sagen: Wir wollen mit euch in Frieden und in Partnerschaft leben. Aber dieser Dialog der Kulturen muss auf der Grundlage der gegenseitigen Toleranz geführt werden.

Bei einem Besuch in Saudi-Arabien sprach ich mit dem Vorsitzenden eines Beratungsgremiums des Königs. Dieser hohe islamische Geistliche fragte mich am Ende eines wunderbaren Gespräches: »Wie werden die Moslems in Deutschland, in Europa behandelt?« Meine Antwort war: »Exzellenz, sie sind nicht immer so integriert, wie wir uns das wünschen, aber sie haben in der Regel ihre Gebetshäuser oder auch ihre Moscheen. Aber darf ich Sie etwas fragen? Trifft es zu, dass, wenn in Saudi-Arabien ein Moslem Christ werden möchte, darauf die Todesstrafe steht?«

Ich erhielt keine Antwort, und das war die Antwort. Egal, welcher Glaubensrichtung man angehört: die gegenseitige Toleranz ist die Grundlage für das Zusammenleben der Kulturen und wir müssen das auch aussprechen, sonst wird der Dialog nicht erfolgreich sein.

III. — Die Westfälische Friedensordnung, unsere Friedensordnung, ist mit den Städtenamen Osnabrück und Münster auf immer verbunden. Für uns in Deutschland bedeuteten die Ergebnisse des ersten europäischen Frie-

denkongresses vor allem eine territoriale Neuordnung der deutschen und europäischen Gebiete. In aller Welt hat sich bis heute der Begriff der ›Westfälischen Ordnung‹ gehalten, um die Idee autarker nationalstaatlicher Souveränität zu beschreiben. Mit der Westfälischen Friedensordnung begann die Herausbildung der einzelnen Nationen in Europa. Heute wollen wir die Nationen nicht überwinden oder gar durch einen europäischen Superstaat ersetzen. Wir wollen vielmehr, dass sich die Nationen und Staaten Europas in gemeinschaftlicher Solidarität miteinander in immer mehr konkreten Feldern auf ihre gemeinsame Zukunft hin verpflichten. Das sind der Sinn und das Ziel der heutigen Friedensordnung unter dem Dach der Europäischen Union.

Längst haben wir uns in Europa in diese Richtung hin aufgemacht, zu unserem Glück, um es noch einmal mit der *Berliner Erklärung* zu sagen. Wir wissen, wie begrenzt die Vorstellung ist, dass ein Staat allein sein Schicksal bestimmen könnte. Wir ringen um die richtige Balance zwischen den Institutionen der Europäischen Union, die die Völker und die Staaten vertreten. Supranationale Formen der Souveränität, wie wir sie in der Europäischen Union praktizieren, sind wirklich ein neues Faktum in der langen Geschichte unseres Kontinents. Wir haben damit auch die wirklich einzige Innovation in der politischen Theorie seit den Tagen des Westfälischen Friedenskongresses geschaffen. Heute beginnt sich in aller Welt der Nutzen der regionalen Zusammenarbeit durchzusetzen. Für viele andere Regionen ist die Europäische Union ein Modell, an dem sich andere regionale Projekte orientieren. Die Europäische Union ist bisher mit dem Bau regionaler Integration am weitesten vorangekommen. Natürlich ist die Europäische Union nicht vollkommen. Da, wo wir Defizite erkennen, auf der nationalen oder auf welcher Ebene auch immer, müssen wir diese Defizite abbauen. Aber, und darin sind wir uns einig, als Friedensprojekt sind wir Inspirationsquelle für andere auf der Welt und müssen den Ehrgeiz bewahren, am Frieden in der Welt mitzuarbeiten. Wenn ich in Brüssel und Straßburg bin, empfangen ich Persönlichkeiten aus der ganzen Welt und alle, mit ganz wenigen Ausnahmen, sehen in der Europäischen Union das große Friedensprojekt in Europa und in der Welt.

Von *Immanuel Kant* haben wir gelernt, dass Frieden immer wieder neu gestiftet werden muss. In diesem Ziel weisen uns die Osnabrücker Friedensgespräche eine gute Richtung.

¹ Golo Mann: Friedrich von Gentz. Gegenspieler Napoleons, Vordenker Europas. Frankfurt / Main 1995 [zuerst 1947], S. 181 f.